

Das europäische Flüchtlingsfiasko



An der Grenze zwischen Polen und Belarus spielen sich seit Monaten unmenschliche Szenen ab. Foto: AFP

ANALYSE & MEINUNG / ARMAND CLESSE *

Seit geraumer Zeit schon prügeln die Europäer auf Alexander Lukaschenko ein, als sei er der Hauptschuldige an der europäischen Flüchtlingsmisere. Doch es fragt sich, ob der belarussische Präsident nicht vor allem als Vorwand, als Ausrede dienen soll, als Sündenbock, dem man das europäische Versagen aufhalsen kann.

In Europa geht die Angst um. Angst vor Überfremdung, vor Islamisierung, vor Terrorismus, vor wirtschaftlichem und sozialem Abstieg, vor demografischem Niedergang. Diese Ängste werden gezielt geschürt von Parteien vom rechten politischen Rand, aber auch immer öfter geteilt von eher gemäßigten Wählern anderer Parteien, sogar aufseiten der sogenannten Linken.

Polen? Allseits gescholten ob seines Umgangs mit Rechts- staatlichkeit und europäischer Gerichtsbarkeit. Polen? Allseits gepriesen ob seiner Haltung gegenüber dem belarussischen „Diktator“. Solidaritätsbekundungen allenthalben, wenn die Polen die Drecksarbeit für die EU erledigen.

Wasserwerfer, Pfefferspray, Stacheldraht, Mauern: Vom „Grundrecht auf Asyl“ redet

kaum noch jemand. Die an sich recht kleine Flüchtlingskrise an der belarussisch-polnischen Grenze entlarvt den humanitären Diskurs der Europäer als bloße Heuchelei. Alles, was den Europäern einzufallen scheint, sind Proteste, Drohungen, Sanktionen. Der einzige Politiker, der etwas gesunden Menschenverstand an den Tag legte, war die bislang nicht gerade als mutig bekannte Angela Merkel, die ein Telefongespräch mit Lukaschenko führte, wohl auch nur weil sie kurz vor ihrem Abschied stand und sich deshalb einen solchen Vorstoß erlauben konnte. Der polnische Präsident Andrzej Duda ärgerte sich maßlos über die Initiative der deutschen Kanzlerin: Polen werde keine Vereinbarung akzeptieren, die ohne seine Beteiligung getroffen würde, denn Polen sei ein souveränes Land.

Lasst alle Hoffnung fahren

In Wahrheit will die polnische Regierung überhaupt keine Vereinbarung. Die Flüchtlinge werden von Polen und den baltischen Staaten benutzt für andere Zwecke, wie etwa die Politik gegenüber Russland. Der Hass auf Russland ist größer als das Mitleid mit den Flüchtlingen.

Das Verhalten der Europäischen Union ist scheinheilig. Man rügt Viktor Orban, ist aber zugleich heilfroh über seine Politik gegenüber den Flüchtlingen. So wie man auch insgeheim die Flüchtlingspolitik Kroatiens, Bulgariens, Griechenlands und anderer Staaten begrüßt. Von einer Politik des Willkommenheißen ist man de facto zu einer Null-Flüchtlinge-Politik übergegangen. Es wäre ja eigentlich einfach gewesen, die wenigen Tausend Flüchtlinge an der polnischen Grenze aufzunehmen. Stattdessen heißt es abweisen, zurückdrängen, abschrecken. „Wir verteidigen mit Zäunen und Mauern die europäische Freiheit und Demokratie“, meint ein litauischer Regierungsvertreter. Man könnte auch sagen, mit Zähnen und Klauen. Und was ist das für eine Freiheit, die man mit Stacheldraht und Mauern gegen Wehr- und Mittellose verteidigt?

Das erkaltende Herz der EU, die Gemeinschaft der Unerbittlichkeit, der Unbarmherzigkeit. Zäune und Mauern der Schande, verheerende Symbole der europäischen Flüchtlingspolitik. An den Außengrenzen der Union könnte geschrieben

stehen, um Dante leicht anzupassen: „Voi che volete entrare in Europa, lasciate ogni speranza.“ Ihr, die ihr nach Europa kommen wollt, lasst alle Hoffnung fahren.

Der neue eiserne Vorhang. Kroatische und griechische Sicherheitskräfte an der Grenze zu Bosnien-Herzegowina, in schwarzen Uniformen ohne Abzeichen, verummmt, prügeln auf Flüchtlinge ein. Polizisten aus EU-Ländern, die zum Teil brutaler mit den Flüchtlingen umspringen als die weißrussischen Sicherheitskräfte. Kollusion mit Ländern wie Libyen, Äthiopien, Eritrea, Sudan, Süd-Sudan. Diese Staaten, das heißt vor allem ihre politischen und ökonomischen Eliten, werden von der EU direkt und indirekt bezahlt, um Flüchtlinge daran zu hindern, nach Europa aufzubrechen. Es geht darum, die Menschen so weit von Europa entfernt wie möglich abzufangen und wenn nötig, mit brachialer Gewalt zur Umkehr zu bewegen. Wieso eigentlich kooperiert man mit diesen Regimen, nicht aber mit Lukaschenko? Im Übrigen spielt Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, hierbei eine oft undurchsichtige oder gar schmutzige Rolle.

Die EU-Kommission gestattet Polen, Lettland und Litauen, bestimmte Schutzrechte von Migranten auszusetzen, „um den Asylprozess zu verlängern und Abschiebungen zu vereinfachen“. Kommissionsvizepräsident Schinas und Migrationskommissarin Johansson haben hierzu einen Vorschlag präsentiert. Grundrechte würden nicht angetastet, so Johansson.

Die Angst vor den ganz Rechten

Und die „moderaten“ europäischen Parteien? Liberale, Sozialdemokraten, Christdemokraten, Grüne? Sie haben Angst vor dem Aufstieg rechtsradikaler, nationalistischer, fremdenfeindlicher, islamophober Parteien und Bewegungen. Die ganz Rechten treiben die „Maßvollen“ vor sich her und bugsieren sie zugleich nach rechts, ohne dass dies moniert, ja ohne dass es auffallen würde.

Die „Parteien der Mitte“ übernehmen klammheimlich immer größere Teile der politischen Agenda der äußersten Rechten, während sie zugleich lauthals das verurteilen, was die Extremisten vertreten. So wählt nach und nach der Bürger, der meint sich für die politische Mitte zu entscheiden, ein durchaus illiberales Programm.

Vor einigen Jahren erst dachte nicht nur die deutsche Regierung, Europa könne ohne Weiteres Hunderttausende, ja Millionen Flüchtlinge nicht nur vorübergehend aufnehmen, sondern wenn möglich in die Gesellschaft integrieren, auch als nützliche Arbeitskräfte, und zudem demografische Defizite kompensieren. Jetzt sind schon einige Zehntausend zu viel.

Man hat die Hilfsbereitschaft, die Toleranz, die Solidarität der europäischen Bürger überschätzt. Nicht nur Menschen, die unter oder knapp über der Armutsgrenze leben, sind nicht mehr bereit, sich großzügig gegenüber Hilfesuchenden zu zeigen. Ein Plus an Flüchtlingen wird von immer mehr Bürgern gleichgesetzt mit höherer Kriminalität, größerer Arbeitslosigkeit und Islamisierung. Jedes Verbrechen, das durch einen Flüchtling begangen wird, wird von bestimmten Parteien, Organisationen, Medien bedenkenlos ausgeschlachtet.

Die Lust auf Europa nehmen

Die einstige sogenannte Willkommenskultur erscheint nunmehr als blanker Hohn. Denn nirgends in Europa sind die Flüchtlinge wirklich willkommen. Sie werden in eine Art Mini-Ghettos, Aufnahmelager, Quasi-Gefängnisse gesteckt, abgeschirmt, wie Aussätziges oder potenzielle Verbrecher behandelt. Sie werden, wie etwa in Calais, drangsaliert, gehetzt, vertrieben. „Push back“ ist der neue technische Begriff aus dem Wörterbuch der Nichtmenschlichkeit.

Das vielleicht wichtigste Ziel dieses beschämenden Umgangs mit den Flüchtlingen ist Abschreckung. Die Europaverantwortlichen möchten erreichen, dass die Gestrandeten möglichen Aufbruchswilligen in ihren Heimatländern die unmissverständliche Botschaft übermitteln „Bleibt zu Hause. In Europa erwartet euch nur Elend, eine menschenunwürdige Existenz“. Auch die, die mit Gewalt zurückgeführt werden, sollen zur Abschreckung beitragen. Die Heuchelei der europäischen Flüchtlingspolitik, etwa der französischen: Macron stellt sich dar als großer Verteidiger der Menschenrechte; dabei will er genauso wenig Flüchtlinge aufnehmen wie Orban oder Kaczynski.

Die EU pocht gerne auf die „gemeinsamen Werte“. Doch welche Werte werden an den Außengrenzen verteidigt? Jedenfalls nicht Freiheit, nicht Solidarität, nicht

Mitmenschlichkeit. Die Flüchtlingskrise zeigt, dass die EU keine Wertegemeinschaft ist, dass es kein gemeinschaftliches Ethos gibt. Ihr Vorgehen zeigt auch, dass sie keine politische Gemeinschaft ist, denn es gibt keinen gemeinsamen politischen Willen, auf die Krise einzugehen, und sie wenn möglich zu bewältigen. Und natürlich ist sie keine Schicksalsgemeinschaft. Vielmehr heißt es: „Jeder für sich, Brüssel für alle und für keinen.“ Die Flüchtlingspolitik der 27 ist ein politisches und moralisches Armutszeugnis. Die EU ist bestenfalls eine Interessengemeinschaft und vielleicht nicht einmal dies. Die Interessen der einzelnen Staaten sind durchweg unterschiedlich. Daher muss ständig austariert, der kleinste gemeinsame Nenner gesucht, politischer und vor allem materieller Druck auf Mitglieder ausgeübt, geschachert und gepokert werden.

* Der Autor ist Politologe